

Handelspolitische Zukunftsfragen.

Von Dr. Stephan Freiherrn v. Haupt,
Präsident der Brünnener Handelskammer.

Die Redaktion der „Neuen Freien Presse“ ersucht, daß ich mich über die Frage äußere, auf welchen Grundlagen der künftige österreichisch-ungarisch-deutsche Handelsvertrag vom Standpunkte der Befriedigung der wirtschaftlichen Interessen der Monarchie und speziell auch der Industrie aufgebaut sein soll.

Leider kann ich in meiner Eigenschaft als Handelskammerpräsident zu dieser Frage heute noch keine Stellung nehmen, weil ja bekanntlich die Meinungen und Ansichten der österreichischen Industrie hierüber geteilt sind und neben warmen Anhängern einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland sich auch entschiedene Gegner derselben unter den Industriellen befinden. Ich kann daher lediglich meine Privatan sicht über diese Frage mitteilen, und die geht dahin, daß bei der Unsicherheit, welche heute noch über die zukünftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, ja in der ganzen Welt, nach dem Kriege herrscht, es nicht möglich ist, irgendwelche bestimmte prinzipielle Forderungen für die Ordnung unseres künftigen wirtschaftspolitischen Verhältnisses zum Deutschen Reiche aufzustellen.

Wir müssen uns stets vor Augen halten, daß die Gestaltung dieses Verhältnisses nicht lediglich von unserem freien Willen abhängt, sondern in weitgehender Weise durch die Stellimnahme unserer gegenwärtigen Feinde sowie der Neutralen beeinflusst sein wird. Da aber niemand voraus sagen kann, welche Haltung unsere Gegner einnehmen werden, können auch wir nicht sagen, daß wir dies oder jenes mit Bestimmtheit tun werden oder im Interesse unserer wirtschaftlichen Sicherung tun müssen. Wohl aber können wir die verschiedenen Eventualitäten in Erwägung ziehen und uns in jedem einzelnen Falle unsere Handlungsweise zurechtlegen.

Es würde natürlich viel zu weit führen, hier die zahlreichen möglichen Kombinationen einzeln zu besprechen. Ich möchte darum bloß auf die zwei extremsten Fälle, welche eintreten können, hinweisen:

Der erste wäre, daß sich unsere Gegner nach dem Friedensschluß jeder weiteren Feindseligkeit auf wirtschaftlichem Gebiete enthalten und sich bereit erklären, die Handelsbeziehungen auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes mit uns wieder aufzunehmen. Ich glaube nicht, daß wir ein solches Anbot rundweg ablehnen könnten; speziell Deutschland hat ein viel zu großes Exportinteresse, um leichten Herzens einen Wirtschaftskrieg mit der halben Welt auf sich zu nehmen.

In diesem Falle also, das heißt bei Fortbestehen des bis zum Kriege in Geltung gewesenen, auf der Meistbegünstigung fußenden Handelsvertragssystems, würde auch unser wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland lediglich auf einem Handelsvertrag beruhen, der sich von den mit den anderen Staaten abzuschließenden Handelsverträgen hauptsächlich durch die große Zahl und die Bedeutung der darin gebundenen Zollpositionen unterscheiden würde. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die durch langjährige Waffenbrüderschaft und durch das wirtschaftliche Zusammenarbeiten während des Krieges geschaffenen engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Reichen nach dem Friedensschluß nicht zur Geltung kommen sollen. Auf diesem Gebiete werden sich die Spuren des Krieges nicht verwischen lassen. Selbst bei Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den feindlichen Staaten wird der persönliche Groll zwischen den Völkern doch noch durch viele Jahre ein Hindernis für die intensive Ausgestaltung des Handels und Verkehrs unter denselben bilden, und daher ganz naturgemäß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesgenossen um so inniger gestalten. Auch haben wir ja während des Krieges gelernt, auf viele Produkte, welche das Ausland früher geliefert hat, zu verzichten und sie durch in Mitteleuropa hergestellte Surrogate zu ersetzen. Dort, wo das Ersatzmittel an Qualität nicht gar zu weit hinter dem Original zurückbleibt, wird es nicht so rasch wieder durch letzteres verdrängt werden.

15. IV. 1917 60
Selbstverständlich werden wir darauf bedacht sein müssen, in den einzelnen Zollpositionen der wirtschaftlichen Annäherung keine unüberwindlichen Schranken zu ziehen, was jedoch keineswegs ausschließt, daß im Interesse der Entwicklung unserer Industrie jener Schutz hergestellt werde, den sie unbedingt braucht, um mit der unter günstigeren Verhältnissen produzierenden deutschen Industrie konkurrieren zu können.

Ein wenn auch nur bescheidener Abbau der Getreidezölle wäre im Interesse der Ausdehnung unseres Exportes auf die Balkanhalbinsel, aber auch im Interesse der Ernährung der Bevölkerung sowohl Deutschlands als auch Oesterreichs wünschenswert.

Das Defizit in der Getreideproduktion der ganzen Welt ist derzeit ein so großes und die Schwierigkeiten einer intensiven landwirtschaftlichen Arbeit in allen Staaten — auch in den vom Kriege nicht direkt betroffenen, wie zum Beispiel Südamerika, Kanada und Australien — infolge des Mangels an Arbeitskräften und an Kunstdüngermitteln so bedeutend, daß wohl noch für Jahre hinaus mit einer Knappheit an Getreide und mit hohen Weltgetreidepreisen gerechnet werden muß. Rechnet man hierzu die durch den Mangel an Tonnage hervorgerufene bedeutende Erhöhung aller Seefrachten, so wird man zu dem Schlusse kommen, daß selbst bei einer mäßigen Herabsetzung der gegenwärtigen Getreidezölle unsere Landwirtschaft noch genügend gegen alle überseeische Konkurrenz geschützt ist.

Eine solche Ermäßigung ist aber eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Belebung und Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen zu den Balkanstaaten.

Den Anfang dazu muß jedoch Deutschland machen. Nur wenn Deutschland die Zollschranken, welche unseren landwirtschaftlichen Export dorthin aufhalten, erniedrigt, kann auch Oesterreich-Ungarn dasselbe den Balkanstaaten gegenüber tun. Denn nur in diesem Falle hat Oesterreich-

Ungarn die Möglichkeit, die Ueberschüsse der landwirtschaftlichen Produktion der Balkanstaaten aufzunehmen und sie in unlichst veredeltem Zustande nach Deutschland weiterzugeben.

Sollte Deutschland aber wider alles Erwarten einer solchen Ermäßigung der Getreidezölle nicht zustimmen wollen, dann wäre es auch für Oesterreich schwer möglich, seine Tore dem Einstromen des Balkangetreides zu öffnen. Damit wäre aber die ergiebige Quelle für eine Belebung unseres Handelsverkehrs mit den Balkanländern verstopft.

Neben den Getreidezöllen würden auch die Fleischzölle und die Futtermittelzölle eine Ermäßigung erfahren, denn billigeres Fleisch ist für die Ernährung der Bevölkerung notwendig und die Einfuhr von Fleisch bringt keinerlei Gefahren für unsere Viehzucht mit sich.

Hingegen lege ich bei der Einfuhr lebenden Viehs aus den Balkanstaaten vom Standpunkte der Industrie geringere Bedeutung bei. Die Lösung dieser Frage könnte wohl schon um des guten Verhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft willen nach den Wünschen der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft ihre Lösung finden.

Auf dem Gebiete der industriellen Zölle wäre zunächst zu trachten, die Zahl der zollfreien Positionen zu vermehren und alle jene Zölle, welche sich nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte als überflüssig oder als zu hoch erwiesen haben, ganz abzuschaffen oder zu ermäßigen.

Zu den Zöllen, welche eine Ermäßigung vertragen, rechne ich den Eisenzoll.

Auf anderen Gebieten hingegen, wo sich die deutsche Konkurrenz in den letzten Jahren als übermächtig erwiesen hat, müßten einige, mitunter sogar recht bedeutende Zollerhöhungen vorgenommen werden, um unsere Produktion entsprechend zu schützen.

(Ein Schlusssatz folgt.)